

EUROPA-INFORMATIONEN

VERTRETUNG DES LANDES MECKLENBURG-VORPOMMERN BEI DER EU

23. Januar 2026

Das EU-Mercosur-Abkommen – ein Überblick über Inhalt, Prozess, Kritik und die weiteren Schritte bis zum endgültigen Abschluss

Am 17. Januar 2026 haben Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und der Präsident des Europäischen Rates, António Costa, das seit über 25 Jahren verhandelte Abkommen zwischen der EU und den Mercosur-Staaten – Brasilien, Argentinien, Uruguay und Paraguay – unterzeichnet. Vorausgegangen war der Beschluss des Rates vom 9. Januar 2026, das Abkommen zu billigen. Aber was genau beinhaltet das Abkommen? Wie verläuft der weitere Annahme-Prozess für das Abkommen? Was sind die Hauptkritikpunkte? Welche Bedeutung hat das Abkommen für Mecklenburg-Vorpommern? Über diese und weitere Fragen wird diese Ausgabe der Europa-Informationen Aktuell einen Überblick geben.

Was ist das Mercosur-Abkommen?

Mit dem Mercosur-Abkommen soll die weltweit größte Freihandelszone mit einem Markt von über 700 Millionen Verbraucherinnen und Verbrauchern geschaffen werden. Durch die vorgesehenen Zollsenkungen und Vereinfachungen bei Zoll- und Handelsverfahren soll einer Vielzahl von Waren und Dienstleistungen der Zugang zu neuen Märkten eröffnet werden. Darüber hinaus sollen Investitionen und der grenzüberschreitende Handel mit Dienstleistungen vereinfacht sowie zusätzliche Marktzugänge, etwa bei öffentlichen Aufträgen, geschaffen werden. Weiterhin soll die Zusammenarbeit in Bereichen wie nachhaltige Entwicklung, Umwelt- und Klimaschutz, digitale Transformation, Menschenrechte, Mobilität, Terrorismusbekämpfung und Krisenmanagement gestärkt werden. Das Abkommen sieht außerdem einen engeren politischen Dialog zur besseren Koordinierung zwischen der EU und dem Mercosur in multilateralen Foren sowie in strukturierten Plattformen für den sektoralen Dialog vor.

Die Kommission schätzt, dass das Abkommen die jährlichen Exporte der EU in den Mercosur um bis zu 39 % (49 Mrd. €) steigern und damit mehr als 440.000 Arbeitsplätze in ganz Europa fördern werde. Die Kommission beziffert die potenziellen Zolleinsparungen für EU-Exporteure auf über 4 Mrd. € pro Jahr. Die Agrar- und Lebensmittelausfuhren der EU in die Mercosur-Staaten würden laut Kommission um fast 50 % zunehmen, da durch das Abkommen die hohen Zölle auf wichtige Agrar- und Lebensmittelerzeugnisse der EU gesenkt werden. Dies betrifft insbesondere die Zölle auf Wein und Spirituosen (bis zu 35 %), Schokolade (20 %) und Olivenöl (10 %). Das Abkommen erweitert auch den Schutz vor Nachahmung auf 344 traditionelle europäische Lebensmittel- und Getränkeprodukte (geografische Angaben). Bereits heute beträgt der Warenhandel EU–Mercosur rund 111 Mrd. € (2024). Der Dienstleistungshandel lag 2023 bei über 42 Mrd. €, und die EU ist mit rund 390 Mrd. € Investitionsbestand größter Investor in der Region.

Wo befinden wir uns im Annahme-Prozess?

Die Verhandlungen über das Handelsabkommen zwischen der EU und dem Mercosur wurden in 1999 aufgenommen. Am 6. Dezember 2024 konnte [eine politische Einigung](#) zwischen dem Mercosur und der EU erzielt werden. Um diese politische Einigung zu ratifizieren, hat die Kommission vorgeschlagen, zwei parallele, rechtlich getrennte Instrumente zu schaffen: Das umfassende [EU-Mercosur-Partnerschaftsabkommen](#) (EU-Mercosur Partnership Agreement = EMPA), das den politischen Dialog, Zusammenarbeit und Handel miteinander verbindet, und das [Interims-Handelsabkommen](#) (Interim Trade

Agreement = iTA), das lediglich die Handels- und Investitionsverpflichtungen enthält, die bereits vor dem Inkrafttreten des EMPA gelten sollen. Das iTA wird mit Inkrafttreten des EMPA außer Kraft treten.

Da das iTA lediglich den Handelsteil des Mercosur-Abkommens widerspiegelt, fällt es in die ausschließliche Zuständigkeit der EU und benötigt damit lediglich die Zustimmung des Rates und des Europäischen Parlaments. Das EMPA dagegen erfordert zusätzlich noch die Ratifizierung durch alle Mitgliedstaaten der EU, bevor es in Kraft treten kann. Somit hätte das EMPA von einem einzelnen EU-Mitgliedstaat blockiert werden können, während für die Blockade des iTA eine Sperrminorität im Rat – also mindestens vier Mitgliedstaaten, die zusammen mehr als 35 % der EU-Bevölkerung repräsentieren – erforderlich gewesen wäre.

Am 9. Januar 2026 hat der Rat nun mit qualifizierter Mehrheit entschieden, die Unterschrift beider Abkommen, des EMPA und des iTA, zu genehmigen und große Teile der Kapitel über Politik und Zusammenarbeit vorläufig anzuwenden, bis die Ratifizierungsverfahren des EMPA abgeschlossen sind. Bei der Abstimmung hatten sich Frankreich, Polen, Österreich, Irland und Ungarn gegen die Unterschrift ausgesprochen. Am Schluss hatte die Zustimmung der italienischen Regierung die notwendige qualifizierte Mehrheit unter den Mitgliedstaaten gebracht. Um die italienische Zustimmung zu sichern, hatte die Kommission noch weitere Zugeständnisse im Landwirtschaftsbereich in Aussicht gestellt. So sollen im aktuell verhandelten neuen mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) Gelder für die Landwirtschaft früher abgerufen werden können. Zudem hatte die Kommission vorgeschlagen, die aktuell verhandelten [Schutzmechanismen für die Landwirtschaft](#) noch nachzuschärfen. Diese Schutzmechanismen sehen vor, dass die Kommission die Marktentwicklung bei der Einfuhr bestimmter empfindlicher landwirtschaftlicher Erzeugnisse systematisch überwacht, gegebenenfalls Untersuchungen einleitet und Zollpräferenzen vorübergehend aufheben kann.

Nach der Annahme durch den Rat wurde das Abkommen durch Ursula von der Leyen und António Costa am 17. Januar 2026 in Paraguay unterzeichnet. Bevor das Mercosur-Abkommen allerdings formell abgeschlossen werden kann, muss es noch von den Mercosur-Staaten ratifiziert werden und auch das Europäische Parlament muss noch seine Zustimmung erteilen. Am 21. Januar 2026 hat das Europäische Parlament nun mit einer knappen Mehrheit von 334 zu 324 Stimmen bei 11 Enthaltungen beschlossen, den Europäischen Gerichtshof (EuGH) zu ersuchen, die Vereinbarkeit des EU-Mercosur-Abkommens mit den EU-Verträgen zu prüfen. Damit wird das Europäische Parlament erst nach der Prüfung durch den EuGH votieren, ob es dem Abkommen zustimmt oder nicht. Ähnliche Überprüfungen durch den EuGH haben in der Vergangenheit im 16 bis 26 Monate gedauert.

Im Anschluss an die Abstimmung des Europäischen Parlaments rückte die Möglichkeit einer vorläufigen Anwendung des EU-Mercosur-Abkommens in den Mittelpunkt. So [kritisierte](#) unter anderem Bundeskanzler Friedrich Merz, das Europäische Parlament verkenne die geopolitische Lage und forderte eine sofortige vorläufige Anwendung des Abkommens. Auch der Vorsitzende des Handelsausschusses des Europäischen Parlaments (INTA), Bernd Lange (SPD), [kritisierte](#) die Entscheidung des Europäischen Parlaments scharf und sprach sich für eine vorläufige Anwendung des Abkommens aus. Am Rande des Europäischen Rates vom 23. Januar 2026 [äußerte](#) Antonio Costa, dass der Rat sich in seinem [Beschluss](#) bereits für eine vorläufige Anwendung ausgesprochen habe und er die Kommission dazu einlade, diesem Beschluss zu folgen. Ursula von der Leyen [betonte](#), dass noch keine Entscheidung gefallen sei. Man müsse erst entscheiden, sobald einer der Mercosur-Staaten die Übereinkunft ratifiziert habe. Zu diesem Zeitpunkt werde man aber bereit sein.

Die Möglichkeit der vorläufigen Anwendung ist in Artikel 3 des Ratsbeschlusses und in Artikel 23.3 des iTA verankert. Demnach kann das iTA nach vorheriger Notifikation durch einen der Mercosur-Staaten und durch die EU über den Abschluss der internen Verfahren oder über die Ratifizierung des Abkommens vorläufig angewandt werden. Im Anschluss an solch eine gegenseitige Notifikation würde das Abkommen am ersten Tag des zweiten Monats angewendet werden. Dies bedeutet, dass das Abkommen mit einzelnen Mercosur-Staaten zu unterschiedlichen Zeitpunkten oder auch zum selben Zeitpunkt angewandt werden könnte – je nachdem wann die Notifizierung der einzelnen Mercosur-Staaten erfolgen würde. Ob die politische Entscheidung zur vorläufigen Anwendung des iTA getroffen wird oder nicht, bleibt bis zur Ratifizierung des Abkommens durch den ersten Mercosur-Staat abzuwarten. Ein konkreter Zeitplan dazu ist noch nicht bekannt.

Welche Reaktionen gibt es zum Abkommen?

Im Europäischen Parlament sind die Meinungen zum Mercosur-Abkommen divers. Bernd Lange [wirbt](#) insbesondere für die großen wirtschaftlichen Chancen, die das Abkommen biete. Es ermögliche Investitionen

in nachhaltige Energieprojekte und digitale Dienstleistungen, und verbesserte Exportchancen unter anderem für den Maschinenbau, die Automobilindustrie und ihre Zulieferer, Landmaschinen-Hersteller und Unternehmen der chemischen Industrie. Auch die konservative EVP-Fraktion [spricht sich klar für das Mercosur-Abkommen aus](#). Andere Abgeordnete wie etwa die Stellvertretende Vorsitzende des INTA, Manon Aubry (Frankreich, Linke Fraktion), [kritisieren](#) das Abkommen dagegen deutlich. Sie bemängelt, die Mitgliedstaaten würden bewusst die europäischen Landwirte zugunsten multinationaler Konzerne opfern. Weiterhin öffne das Abkommen die Türen für Agrarimporte, die unter sozialen, gesundheitlichen und ökologischen Bedingungen hergestellt würden, die weit unter den EU-Standards liegen würden.

Bundeskanzler Friedrich Merz lobte das Mercosur-Abkommen dagegen als einen „Meilenstein in der europäischen Handelspolitik und ein wichtiges Signal unserer strategischen Souveränität und Handlungsfähigkeit.“ **Lob** für das Abkommen gab es auch **von Wirtschaftsverbänden**. Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) [bilanzierte](#), das Abkommen sei ein wichtiger Erfolg für die deutsche und europäische Wirtschaft. Es zeige Handlungsfähigkeit und sende ein starkes Signal für den Freihandel. Mercosur könne dabei den Anfang für eine strategische Diversifizierung der Partnerschaften und Erschließung neuer Märkte sein. Auch der Verband der Automobilindustrie (VDA) lobte das Mercosur-Abkommen als eine „sehr gute Nachricht für den europäischen Wirtschaftsstandort und insbesondere für das Exportland Deutschland.“ So würden die Zollsenkungen auf die bislang hohen Zölle im Mercosur für die Automobilindustrie erhebliche Chancen eröffnen.

Deutliche Kritik gibt es **von vielen Landwirtinnen und Landwirten**. So [warnt](#) der Deutsche Bauernverband (DBV), dass das Abkommen keinesfalls zu Lasten der deutschen Landwirtschaft gehen dürfe. DBV-Präsident Joachim Rukwied befürchtet insbesondere, dass zukünftig Lebensmittel aus dem Mercosur importiert werden, die mit deutlich niedrigeren Tierwohl-, Umwelt- und Sozialstandards erzeugt wurden. Die vorgeschlagenen Schutzklauseln seien seiner [Auffassung](#) nach unzureichend, da sie kein zusätzliches Geld, sondern lediglich einen freiwilligen Vorgriff auf EU-Mittel bringen. Der Verband des deutschen Agrarhandels hält die [Schutzmaßnahmen](#) für sensible Agrarprodukte im EU-Mercosur-Abkommen dagegen für ausreichend und [begrüßt](#) die Aussicht auf neue Absatzmärkte.

Scharfe Kritik an dem Abkommen kommt ebenfalls **von Umweltschutzverbänden**. So [kritisiert](#) Greenpeace, dass das Abkommen den Handel mit umwelt- und klimaschädlichen Produkten erleichtern wird. So würden für die Steigerung der Produktion von Rindfleisch und Futtersoja in den Mercosur-Staaten weitere Weide- und Anbauflächen benötigt, was Natur sowie den bereits bedrohten Amazonas-Regenwald weiter gefährden werde. Außerdem würden die günstigeren Exporte aus der EU, wie Autos, Einwegplastik und Pestizide, eine zusätzliche Gefahr für das Klima und die menschliche Gesundheit darstellen. In der Aufteilung des Mercosur-Abkommens in zwei rechtlich getrennte Instrumente (siehe oben) sieht Greenpeace außerdem den Versuch, die für ein Assoziierungsabkommen erforderliche Einstimmigkeit im Rat zu umgehen.

Was bedeutet das Abkommen für MV?

Gerade in Branchen wie der Kreislauf- und Abfallwirtschaft sowie Maschinen und Anlagen im Bereich der erneuerbaren Energien entsteht Wertschöpfung häufig nicht nur durch den einmaligen Export von Anlagen oder Komponenten, sondern durch begleitendes Projektgeschäft bei Planung, Engineering, Montage, Inbetriebnahme, Wartung, Schulungen und Serviceleistungen. Für Unternehmen aus Mecklenburg-Vorpommern kann ein Abbau von Handelshemmnissen mit dem Mercosur daher auch die Chancen erhöhen, in Südamerika längerfristige Kundenbeziehungen aufzubauen und wiederkehrende Dienstleistungen zu erbringen. Mittelbar kann außerdem die Logistik- und Hafenwirtschaft profitieren, wenn zusätzliche Warenströme zwischen der EU und dem Mercosur entstehen, z.B. durch mehr Umschlag, Lagerung, Spedition, zoll- und außenwirtschaftliche Dienstleistungen. Dr. Wolfgang Blank: Minister für Wirtschaft, Infrastruktur, Tourismus und Arbeit meinte dazu: „In diesen Zeiten ist es entscheidend, neue Märkte zu erschließen und zusätzliche wirtschaftliche Perspektiven zu schaffen. Das Mercosur-Abkommen öffnet die Tür zu neuen Partnerschaften und kann wichtige Impulse für Wachstum geben.“

Die Industrie- und Handelskammern in Mecklenburg-Vorpommern (IHKs in MV) [unterstützen](#) das Mercosur-Abkommen. Sie argumentieren, dass auch Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern von den Zollsenkungen und neuen Marktchancen profitieren würden. Zwar sei das Außenhandelsvolumen Mecklenburg-Vorpommerns mit den Mercosur-Staaten bisher vergleichsweise gering (ca. 132 Millionen € im Jahr 2024), es gebe allerdings große Potenziale, die durch einen zukünftigen Freihandel gehoben werden könnten. Krister Hennige, Präsident der IHK Neubrandenburg, betont, es gebe bereits langjährige, enge

Kooperationen von Unternehmen aus Mecklenburg-Vorpommern nach Südamerika, vor allem nach Brasilien. Führende Branchen seien insbesondere die Kreislauf- und Abfallwirtschaft sowie Maschinen und Anlagen im Bereich der erneuerbaren Energien.

Landwirtschaftsminister Dr. Till Backhaus [machte deutlich](#), dass die Sorgen vieler Landwirtinnen und Landwirte ernst zu nehmen seien. Die Landwirtschaft stehe unter erheblichem wirtschaftlichem und gesellschaftlichem Druck, das Mercosur-Abkommen sei dabei allerdings für die wirtschaftliche Situation der meisten Betriebe nur von begrenzter unmittelbarer Relevanz. Die im Abkommen vorgesehenen Importmengen seien begrenzt und machten nur einen kleinen Anteil am EU-Markt aus:

- Rindfleisch: bis zu 99.000 Tonnen für die gesamte EU – rund 1,5 % der europäischen Schlachtmenge;
- Geflügelfleisch: 180.000 Tonnen – etwa 1,3 % der EU-Produktion;
- Zucker: 180.000 Tonnen bei einem EU-Verbrauch von rund 17,2 Millionen Tonnen – etwa 1 %.

Minister Backhaus machte zugleich deutlich, dass die Debatte um das Mercosur-Abkommen nicht allein mengen- oder marktwirtschaftlich geführt werden dürfe. Die Unterschiede in sozialen und ökologischen Standards führten zu erheblichen Wettbewerbsverzerrungen, da Betriebe unter solchen Bedingungen kostengünstiger produzieren könnten. Gleichwohl betonte der Minister die Bedeutung offener Märkte für die deutsche Wirtschaft. Rund 12.500 deutsche Unternehmen exportieren in die vier Mercosur-Staaten, etwa 70 % davon sind kleine und mittlere Unternehmen. Besonders profitieren könnten der Maschinenbau, die Automobilindustrie und die Ernährungswirtschaft.

Weiterführende Links:

[Pressemitteilung Annahme Rat](#)

[Erklärung von der Leyen zur Zustimmung des Rates](#)

[Kommissionswebseite zum EU-Mercosur-Abkommen](#)

[Überblick EU-Mercosur-Abkommen für Deutschland](#)

Bei Rückfragen kontaktieren Sie gerne:



Manuel Eymers
Vertretung des Landes Mecklenburg-
Vorpommern bei der Europäischen Union
Boulevard St. Michel 80
B-1040 Brüssel

Telefon: +32 2 741 6005
E-Mail: manuel.eymers@mv-office.eu
Internet: www.europa-mv.de